

Gericht hebt Verbot von Schlüsselkästen für Ferienwohnungen auf!

Italienische Richter haben das Verbot von Remote-Check-Ins für Kurzzeitvermietungen aufgehoben, was Auswirkungen auf Städte wie Rom und Florenz hat.



Florenz, Italien - Italienische Richter haben das zuvor im November 2022 erlassene Verbot von Remote-Check-Ins für Kurzzeitvermietungen aufgehoben. Das Verbot wurde vom italienischen Innenministerium eingeführt, um mögliche Sicherheitsrisiken zu adressieren, die durch den fehlenden persönlichen Kontakt zwischen Gast und Vermieter entstehen könnten. Schlüsselkästen, die eine kontaktlose Schlüsselübergabe ermöglichen, wurden als problematisch eingestuft, was zu einem verstärkten Vorgehen der Städte wie Florenz und Rom zur Entfernung dieser Systeme führte, wie **Krone** berichtet.

Das Verwaltungsgericht von Latium hat nun jedoch die Richtlinie

für nichtig erklärt. Marco Celani, der Leiter des Verbands der Kurzzeitvermieter (AIGAB), begrüßte dieses Urteil und drängt auf eine offizielle Anerkennung von Remote-Check-in-Technologien. Das Innenministerium beobachtet die Situation und wartet auf die detaillierte Urteilsbegründung, bevor es über eine mögliche Berufung vor einem höheren Verwaltungsgericht entscheidet. Celani hat bereits Gespräche mit der Regierung aufgenommen, um diese Technologien in Zukunft zu fördern, wie auch **Die Presse** anmerkt.

Wachstum der Kurzzeitvermietungen und dessen Herausforderungen

Parallel zu den Entwicklungen in Italien zeigt sich ein genereller Trend in der Europäischen Union: Kurzzeitvermietungen über Plattformen wie Airbnb, Booking.com und andere wachsen rasant. Laut **BMWK** erfolgen mittlerweile fast 25 % aller Beherbergungen in der EU über Kurzzeitvermietungen. Dies führt dazu, dass immer mehr Reisende private Unterkünfte in Stadtzentren bevorzugen, was den Markt für Kurzzeitvermietungen zusätzlich ankurbelt.

Diese Entwicklung wird jedoch von einem gleichzeitig auftretenden Problem begleitet: Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Einheimische. Städte in der EU reagieren darauf mit verschiedenen Regulierungsmaßnahmen, um Wohnraum zu schützen und die Lebensbedingungen der Bürger zu bewahren. Auch in Deutschland gibt es entsprechende Gesetze zur Vermeidung der Zweckentfremdung von Wohnraum. Der Europäische Gerichtshof hat bereits 2020 festgestellt, dass solche Maßnahmen im Allgemeininteresse liegen.

Um den Herausforderungen dieser boomenden Branche gerechter zu werden, trat im Mai 2024 die Verordnung (EU) 2024/1028 in Kraft. Diese schafft eine digitale Infrastruktur für Kurzzeitvermietungen und ermöglicht den Austausch von Daten zu Buchungsangeboten. Dadurch sollen die Behörden effizienter bei der Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Angeboten

unterstützt werden.

Die Auswirkungen der Regulierung und des Urteils in Italien sind weitreichend und könnten die Zukunft der Kurzzeitvermietungen in Europa entscheidend beeinflussen. Die Reaktion der Regierungen auf die Bedürfnisse der Reisenden muss ebenso berücksichtigt werden wie die der lokalen Gemeinschaften, die unter dem Druck des wachsenden Tourismus leiden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	Sicherheitsrisiko
Ort	Florenz, Italien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.diepresse.com• www.bmwk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at